

8.2.2016

ÖGPP bezieht Stellung gegen die Inhaftierung türkischer KollegInnen

Am 1.2.2018 wurde unsere Fachgesellschaft durch das Präsidium der EPA darüber informiert, dass am 31.1.2018 der Präsident und weitere Mitglieder des Vorstands der Turkish Medical Association (TMA) festgenommen wurden, nachdem sie sich öffentlich zu „physischen, psychologischen, sozialen und umweltbedingten gesundheitlichen Problemen, verursacht durch fortdauernde militärische Konflikte“ geäußert hatten. Der Präsident und der Generalsekretär der TMA, der ebenfalls verhaftet wurde, sind Psychiater und Vorstandsmitglieder der Psychiatric Association of Turkey (PAT).

In Übereinstimmung mit zahlreichen nationalen Fachgesellschaften hat auch die ÖGPP am 5.2.2018 eine Stellungnahme dazu abgegeben:

Dear Colleagues,

The Austrian Association of Psychiatry, Psychotherapy and Psychosomatics is deeply concerned about the detention of our Turkish colleagues. We thank the EPA president Prof. Galderisi for her statement and for informing the National Psychiatric Associations. The Austrian Association of Psychiatry, Psychotherapy and Psychosomatics supports the Psychiatric Association of Turkey and the TMA and we agree to the statements of the World Medical Association, the statements of the EPA and the WPA. We are hoping that our colleagues will be released very soon.

Please let us know if we can give any further support.

With kind regards

Christa Rados

President of the Austrian Association of Psychiatry, Psychotherapy and Psychosomatics

Eine Liste der Fachgesellschaften sowie die Statements finden Sie unter
<http://www.europsy.net/the-epa-supports-wma-statement/#.Wnhlp6hl82w>

Am 6.2. erreichte uns die erlösende Nachricht, dass sämtliche inhaftierten Kollegen freigelassen wurden und die Situation zumindest vorerst bereinigt scheint.

Der Vorstand der ÖGPP ist schockiert über die skandalöse Behandlung, die unseren türkischen Kollegen widerfahren ist und hat die Nachricht von deren Enthaftung mit großer Erleichterung vernommen.

Wir erklären uns solidarisch mit den türkischen KollegInnen, die trotz des hohen persönlichen Risikos gesundheitliche Probleme aufzeigen, die mit den politischen Verhältnissen in Zusammenhang stehen.